

Nach meinen Archivunterlagen handelt es sich um rund 610 000 Fabrikbesitzer, mittelständische Unternehmer und einzelverfolgte Personen sowie um 7 136 Großlandwirte mit jeweils über 100 Hektar, 4 278 kleinere Landwirte mit unter 100 Hektar, insgesamt also über 621 000 Menschen. Aber zusammen mit ihren Familienmitgliedern sind es mindestens dreimal so viel, also mehr als 1,8 Millionen. Rund weiteren 70 000 Familien hat der gesamtdeutsche Staat das einst zugeteilte und geerbte Bodenreformland nachträglich und entschädigungslos wieder abgenommen, um es aus fiskalischen Gründen ebenfalls zu verkaufen. Die Opfer in der Industrie und im gewerblichen Mittelstand werden in der öffentlichen Diskussion oft leider gar nicht erwähnt. Das Bundesfinanzministerium hat im Jahr 2000 aus dem Kreis der Opfer mit Vermögensentzug rund 625 000 Rückgabeanträge registriert. Darin enthalten sind aber auch die Anträge jener Menschen, die der DDR-Staat verfolgt und um ihr Vermögen gebracht hat. Denn auch in der DDR-Zeit sind unrechtmäßige Enteignungen vorgekommen. Aber diese Enteignungen durften nach 1990 „rückgängig“ gemacht werden. In solchen Verfahren wurde und wird dieses Eigentum zurückgegeben. Darin sehen die Opfer der SBZ-Zeit zu Recht eine Ungleichbehandlung und schwere Diskriminierung: Wer durch die DDR sein Eigentum verlor, bekommt es zurück, wer es als Unschuldiger und politisch schwer Verfolgter in der Besatzungszeit verlor, bekommt es nicht. Das ist rechtswidrig und darf in einem Staat, der vorgibt, Rechtsstaat zu sein, nicht geschehen.

*Viele dieser Opfer scheinen in der Wiedervereinigung Deutschlands einen Hoffnungsschimmer gesehen zu haben und sind arg enttäuscht worden.*

Die Wiedervereinigung war tatsächlich der Moment, bei dem viele der einstigen Opfer oder deren Nachfahren Hoffnung schöpften. Bis dahin hatte es Hoffnung nicht gegeben. Eine Wiedervereinigung galt als nicht möglich. Sie wurde in der Bundesrepublik auch gar nicht mehr betrieben, sie war politisch sogar unangelegen. In der DDR ohnehin. Es kam dann, wie wir wissen, unversehens anders. Aber die Hoffnung der SBZ-Opfer wurde in der Tat bitter enttäuscht.

*Warum hat ihnen der deutsche Staat unter der Regierung von Helmut Kohl die Rückgabe des widerrechtlich entzogenen Eigentums verweigert?*

Der Hauptgrund war ein fiskalischer. In der DDR lag alles am Boden. Die Fabriken waren veraltet und marode, die Häuser heruntergekommen, die Strassen abgenutzt und Schlaglochstrecken. Es war rundum ein ruiniertes Land. Hier war ein riesiger Wiederaufbau zu finanzieren. Dazu kam die in der DDR versteckte Arbeitslosigkeit. Wohin mit den überflüssigen Arbeitskräften? Wie ihre Arbeitslosigkeit finanzieren? Wie die DDR-Rentner? Wie die Umstellung der DDR-Währung auf die D-Mark? Über diese gewaltigen Kosten der Wiedervereinigung und die damit verbundene Finanzierungsaufgabe musste sich die Regierung zwangsläufig Gedanken machen. Hierbei kam es zu der Idee, das geraubte Vermögen, also die Ländereien, Fabriken, Grundstücke und Häuser, die DDR-Staatseigentum („Volkseigentum“) geworden waren, in gesamtdeutscher Staatshand zu belassen, um sie verkaufen zu können. Mit dem Verkaufserlös sollten dann die Kosten der Deutschen Einheit bestritten werden. Diese Rechnung ging, wie wir heute wissen, überhaupt nicht auf. Der Verkauf endete in einem Desaster, denn der Staat musste am Ende sogar drauflegen.